

## Anhörungen der designierten Mitglieder der EU-Kommission

### Jyrki Katainen

### Vizepräsident – Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit

Die Anhörung findet am Dienstag, 7. Oktober 2014, um 10.00 Uhr statt.



Jyrki Katainen, Finnland.

#### Vizepräsident

Er leitet und koordiniert die Tätigkeiten der Kommissionsmitglieder für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll, für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität, für Regionalpolitik, für den Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion, für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft, für Klimapolitik und Energie und für Verkehr und Weltraum.

#### Federführende Ausschüsse des EP für die Anhörung

Wirtschaft und Währung (ECON)

Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL)

Industrie, Forschung und Energie (ITRE)

#### Lebenslauf

Jyrki Katainen (geb. 1972) hat einen Master-Abschluss in Politikwissenschaften der Universität Tampere. Von 2007 bis 2011 war er Finanzminister und von 2011 bis 2014 Ministerpräsident. Am 16. Juli 2014 übernahm er das Amt des für Wirtschaft, Währung und den Euro zuständigen Kommissionsmitglieds in der scheidenden Kommission.

Dieses Dokument gehört zu einer Reihe von Briefings, die den Mitgliedern des Europäischen Parlaments einen Überblick über die wesentlichen Themen im Zusammenhang mit den Anhörungen der designierten Kommissarinnen und Kommissare geben sollen. Die vollständige Reihe dieser Briefings finden Sie unter: [http://epthinktank.eu/commissioner\\_hearings](http://epthinktank.eu/commissioner_hearings)

## Hintergrund

Der designierte Präsident der Kommission, Jean-Claude Juncker, hat die Kommission organisatorisch in mehrere Projektteams eingeteilt, die bestimmten seiner politischen Prioritäten entsprechen. Die Vizepräsidenten, die für diese Projekte zuständig sind und zu denen Jyrki Katainen gehört, wurden aufgefordert, die Tätigkeiten in der Kommission zu leiten und zu koordinieren, damit das Augenmerk stärker auf die Verwirklichung der für diese Projekte gesetzten Ziele gelegt werden kann. Ferner werden die Vizepräsidenten für das Verfahren für die Verfolgung, Umsetzung und Bekanntmachung der prioritären Politikbereiche der Kommission in der Union und darüber hinaus verantwortlich sein.

Seit 2008 bemüht sich die Europäische Union (EU) nach Kräften, die Finanz- und Wirtschaftskrise zu überwinden und die Bedingungen für eine wettbewerbsfähigere Wirtschaft mit höheren Beschäftigungsquoten zu schaffen. Im Rahmen der **Strategie Europa 2020** wurden politische Leitlinien festgelegt. In der Strategie ist eine Vision eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums auf der Grundlage von fünf Kernzielen festgelegt, darunter eine Beschäftigungsquote von mindestens 75 % in der Altersgruppe der 20- bis 64-jährigen bis 2020, die Investition von 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in die Forschung und Entwicklung bis 2020 und die Senkung des Anteils der vorzeitigen Schulabgänger auf unter 10 % sowie die Erhöhung des Anteils junger Menschen mit einem Hochschulabschluss auf mindestens 40 % bis 2020.

Damit die Ziele der Strategie Europa 2020 sicher verwirklicht werden können, wurde ein System der **wirtschaftspolitischen Steuerung** eingeführt, um die politischen Maßnahmen auf der Ebene der EU und auf einzelstaatlicher Ebene zu koordinieren. Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), in der die Währungs-, Haushalts- und Wirtschaftspolitik vereint sind, dient der Aufrechterhaltung der Preisstabilität und dem Schutz der Stärke und der Stabilität des Euro, der Förderung des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts sowie der Ankurbelung von Wachstum und Beschäftigung. In der WWU koordinieren und überwachen die Mitgliedstaaten ihre wirtschaftspolitischen Strategien auf der Ebene der EU und bemühen sich, übermäßige Haushaltsdefizite und Schulden zu verhindern. Die soziale Dimension der Strategie Europa 2020 dient vorrangig dazu, ein hohes Beschäftigungsniveau sicherzustellen und die Zahl der Menschen, die in Armut leben oder von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, zu verringern.

Es wurden ferner zahlreiche **politische Strategien und Instrumente der EU** eingeführt, darunter übergreifende politische Strategien wie beispielsweise in den Bereichen „Wettbewerbsfähigkeit“, um das Geschäftsumfeld zu verbessern und den Marktzugang und die Finanzierung – insbesondere für kleinere Unternehmen – zu erleichtern, und „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“, um sicherzustellen, dass in der EU an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes angepasste Kompetenzen ausgebaut werden. Darüber hinaus erhält die Union aus dem EU-Haushalt die notwendigen Finanzmittel, um die im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Zeit bis 2020 festgelegten politischen Strategien umzusetzen.

## Aktuelle Entwicklungen

Die vergangenen fünf Jahre wurden von der Suche nach möglichen Reaktionen auf die Folgen der Finanz-, Haushalts- und Wirtschaftskrise beherrscht. Eines der wichtigsten Ergebnisse war die Einrichtung des Systems der verstärkten wirtschaftspolitischen Steuerung, das die Haushaltspolitik, makroökonomische Ungleichgewichte, das Krisenmanagement und die makrofinanzielle Aufsicht abdeckt. Das System wurde im Jahr 2010 mit der Einführung des **Europäischen Semesters** eingerichtet. Da mit der

**Strategie Europa 2020** jedoch ein Wachstumsmodell gefördert wird, das über die einfache Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) hinausgeht, sind sozial- und beschäftigungspolitische Überlegungen zu einem entscheidenden Element der Wirtschaftsentwicklung geworden.

Die EU benötigt ein Regelungsumfeld, mit dem wirksame und sichere Finanzmärkte und innovative Instrumente für die Finanzierung der notwendigen Investitionen, einschließlich öffentlich-privater Partnerschaften, sichergestellt werden. Diese langfristigen Wachstumsprioritäten wurden im **MFR 2014–2020** in der Rubrik „Intelligentes und integratives Wachstum“ (450,7 Mrd. EUR, 47 % des Gesamtbetrags) aufgegriffen. Drei Viertel des Betrags sind für die Kohäsionspolitik vorgesehen. Zu den anderen Politikbereichen und Programmen in dieser Kategorie gehören die Forschung, die Infrastruktur und die KMU.

Es wurden verschiedene Strategien angenommen, um bessere Rahmenbedingungen für die europäische Industrie sicherzustellen (wie das Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen), mehr Reformen für die Ausstattung der Menschen mit den richtigen Kompetenzen durchzuführen (wie die Initiative „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigung“) oder die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen (wie die „Jugendgarantie“).

### Das Europäisches Parlament

In der siebten Wahlperiode war das Europäische Parlament (EP) mit seinen Initiativberichten und Anfragen zur mündlichen Beantwortung umfassend an der politischen Debatte über die Strategie Europa 2020 beteiligt. Mit dem „Sechserpaket“ wurde seine Rolle gestärkt, insbesondere durch die Formalisierung des Europäischen Semesters und die Einführung eines wirtschaftspolitischen Dialogs. In seinen Entschlüssen zur WWU hat das EP wiederholt betont, dass die Auswirkungen der Reformen und der Krise auf die Gesellschaft und die Beschäftigungsquote unter Einbeziehung der Sozialpartner in Angriff genommen werden müssen, und dass für die Behebung sozialer Probleme neue Instrumente zu entwickeln sind. Zum MFR 2014–2020 äußerte das EP Bedenken, dass die vom Europäischen Rat festgelegten Obergrenzen der EU möglicherweise nicht ausreichend Mittel für die Verwirklichung ihrer Ziele bieten. Das Parlament betonte die Bedeutung einer Halbzeitüberprüfung, die zu einer anschließenden Überarbeitung des MFR und zu einer stärkeren Flexibilität der mehrjährigen Planung führen sollte.

Darüber hinaus hat sich das Parlament durch Mitentscheidungsverfahren, Entschlüssen zu aktuellen Themen oder Initiativberichten systematisch dafür ausgesprochen, den Zugang zu Finanzmitteln für KMU zu vereinfachen, den Verwaltungsaufwand zu verringern, günstige Bedingungen für den Wiederaufschwung der europäischen Industrie zu schaffen und die Innovation zu fördern. Das Parlament hat im Jahr 2013 einen Initiativbericht (Bericht Cercas) über die Unterrichtung und Anhörung von Arbeitnehmern sowie die Antizipation und das Management von Umstrukturierung angenommen. Der Bericht wurde von der Kommission unter Hinweis auf die mangelnde Einigung mit den Sozialpartnern und dem Rat nicht weiterverfolgt. Darüber hinaus hat das Parlament im März 2013 einen Legislativbericht (Bericht Berlinguer) angenommen, in dem die Kommission aufgefordert wird, ein Statut der Europäischen Gegenseitigkeitsgesellschaft vorzuschlagen.

## Prioritäten und Herausforderungen

Von Vizepräsident Jyrki Katainen wird erwartet, die Arbeit der Europäischen Kommission zu allen Initiativen, die der Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, der Anregung von Investitionen und der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen, zu überwachen und zu koordinieren. Er sollte ferner dafür sorgen, dass die Auswirkungen von Reformen auf die Gesellschaft bei der wirtschaftspolitischen Koordinierung angemessen berücksichtigt werden.

**Erarbeitung eines „Pakets für Beschäftigung, Wachstum und Investitionen“** – Der designierte Präsident, Jean-Claude Juncker, hat Jyrki Katainen beauftragt, bis Ende Januar 2015 zusätzlich zu den öffentlichen und privaten Investitionen in die Wirtschaft in den kommenden drei Jahren mit Unterstützung der Europäischen Investitionsbank ein **Paket** in Höhe von etwa **300 Mrd. EUR** aufzulegen. Das Paket würde etwa 2,5 % des jährlichen BIP und beinahe 18 % der gesamten Bruttoanlageinvestitionen in der EU entsprechen, die in den vergangenen Jahren besonders niedrig waren. Wie bereits angekündigt sollten die Infrastruktur, die Bildung und die Energie im Mittelpunkt dieser zusätzlichen Investitionen stehen. Da es relativ einfach ist, diese Art von Investitionen durch politische Anreize direkt zu beeinflussen, können ab 2015 positive Folgen erwartet werden.

**Förderung von Beschäftigung und Wachstum** – Für ein nachhaltiges Wachstum müssen Projekte zur Schaffung von Arbeitsplätzen gefördert werden, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit Europas unterstützt wird. Besondere Aufmerksamkeit sollte der jüngeren Generation zukommen. Um den Kampf der EU gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu stärken, sollten die mit der Jugendgarantie begonnenen Bemühungen beschleunigt und schrittweise durch konkrete Maßnahmen zur Förderung des Zugangs junger Menschen zum Arbeitsmarkt und zur Verbesserung ihrer Kompetenzen erweitert werden.

**Zwischenbilanz der Strategie Europa 2020** – Die Verwirklichung der Ziele für 2020 ergab bisher ein gemischtes Bild. Die EU befindet sich auf gutem Weg, ihre Bildungs-, Klima- und Energieziele zu verwirklichen oder sich ihnen zu nähern, die Verwirklichung der Ziele in den Bereichen Beschäftigung, Forschung und Entwicklung sowie Armutsbekämpfung ist jedoch noch in weiter Ferne. Diese Herausforderungen müssen in der anstehenden **Halbzeitüberprüfung** der Strategie Europa 2020 genauer untersucht werden, und der Vizepräsident muss dafür sorgen, dass sie eine wirksame Strategie für Wachstum und Beschäftigung für die Zeit nach der Krise ist.

**Förderung der Wettbewerbsfähigkeit** – Zu den obersten Prioritäten des designierten Präsidenten Jean-Claude Juncker gehören die Unterstützung der europäischen KMU und die Stärkung der industriellen Grundlage, damit die Industrie ihren Anteil am BIP der EU bis 2020 auf 20 % erhöhen kann.

**Überarbeitung des MFR 2014–2020** – Im aktuellen MFR stehen in Übereinstimmung mit den Zielen der Strategie Europa 2020 das nachhaltige Wachstum, die Beschäftigung und die Wettbewerbsfähigkeit im Mittelpunkt der Ausgabenprioritäten. Dennoch behaupten manche Kommentatoren und Interessenträger, dass der EU-Haushalt aufgestockt und weiter reformiert werden müsse, um erhebliche Auswirkungen auf die Beschäftigung und die Wirtschaft zu haben. Die Überarbeitung des MFR im Jahr 2016 bietet die Gelegenheit dazu.

### Europäischer Mehrwert

In der vor kurzem vom Referat Europäischer Mehrwert des EP durchgeführten Studie „Zuordnung der Kosten des Nicht-Europas 2014–19“ werden einige wichtige Politikbereiche untersucht, die für die europäische Wirtschaft in den kommenden Jahren zu erheblichen wirtschaftlichen Gewinnen führen können, falls sie auf wirksame Weise umgesetzt werden. Zu diesen Bereichen gehören der digitale Binnenmarkt, die Vollendung des bestehenden Binnenmarktes, die Bankenunion und die Abwendung einer neuen Finanzkrise, der Abschluss von Reformen im Bereich der Finanzdienstleistungen, ein gemeinsames Programm für Mindestvorschriften zur Arbeitslosenversicherung für das Euro-Währungsgebiet, die bessere Koordinierung der Haushaltspolitik, ein gemeinsames Einlagensicherungssystem, integrierte Energiemärkte, die Lohngleichheit, die Unterrichtung und Anhörung von Arbeitnehmern und der Europäische Forschungsraum. Der allgemeine Zuwachs des jährlichen BIP könnte mit der Zeit etwa 990 Mrd. EUR erreichen.

### Weitere Informationen

[Zuordnung der Kosten des Nicht-Europas 2014–19](#) / Joseph Dunne, Referat Europäischer Mehrwert, EPRS, Juli 2014

[Europa 2020](#), Website der Europäischen Kommission

[Sozial- und Beschäftigungspolitik](#), Kurzdarstellungen zur EU / EP, 2014

[Wirtschafts- und Währungsunion](#), Kurzdarstellungen zur EU / EP, 2014

[Mehrjähriger Finanzrahmen](#), Kurzdarstellungen zur EU / EP, 2014

[Investitionstätigkeit und Investitionsfinanzierung in Europa](#) / Europäische Investitionsbank, 2013

[Helping firms grow](#), Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit 2014 / Europäische Kommission, 2014

### Haftungsausschluss und Urheberrecht

Der Inhalt dieses Dokuments liegt in der ausschließlichen Verantwortung des Verfassers, und die darin vertretenen Auffassungen geben nicht notwendigerweise den offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments wieder. Es ist für die Mitglieder und Mitarbeiter des EP zum Zweck ihrer parlamentarischen Arbeit gedacht. Nachdruck und Übersetzung zu nicht-kommerziellen Zwecken sind unter Angabe der Quelle gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.

© Europäische Union, 2014.

Bildnachweise: © Europäische Union, 2014 – EP.

[ep@ep.europa.eu](mailto:ep@ep.europa.eu)

<http://www.ep@ep.parl.union.eu> (Intranet)

<http://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/home.html> (Internet)

<http://epthinktank.eu/> (Blog)